

Verordnung über Gebühren für Dienstleistungen des Bundesamtes für Justiz (Gebührenverordnung BJ, GebV-BJ)

vom 5. Juli 2006

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 46a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997¹,

verordnet:

Art. 1 Grundsatz und Ausnahmen vom Geltungsbereich

¹ Das Bundesamt für Justiz (BJ) erhebt Gebühren namentlich für folgende Dienstleistungen:

- a. Gutachten und Rechtsauskünfte;
- b. Auskünfte aus Registern.

² Diese Verordnung gilt nicht für Verfügungen und Dienstleistungen:

- a. des Eidgenössischen Handelsregisteramtes;
- b. des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen;
- c. des Eidgenössischen Zentralstrafregisters;
- d. des BJ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004².

Art. 2 Anwendbarkeit der Allgemeinen Gebührenverordnung

Soweit diese Verordnung keine besondere Regelung enthält, gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004³.

Art. 3 Gebührenbemessung

¹ Die Gebühren werden nach Zeitaufwand festgelegt.

² Der Stundenansatz beträgt je nach erforderlicher Sachkenntnis 100–250 Franken.

SR 172.041.14

¹ SR 172.010

² SR 152.3

³ SR 172.041.1

Art. 4 Gebühreuzuschlag

Für Dienstleistungen von aussergewöhnlichem Umfang, besonderer Schwierigkeit oder Dringlichkeit kann das BJ Zuschläge bis zu 50 Prozent der ordentlichen Gebühr erheben.

Art. 5 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 30. Oktober 1985⁴ über Gebühren für Dienstleistungen des Bundesamtes für Justiz wird aufgehoben.

Art. 6 Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

5. Juli 2006

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Moritz Leuenberger

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

⁴ AS 1985 1699, 1993 1260, 1999 3480